

logistischer Regressionen der Einfluss der Variablen, die als geeignete Prädiktoren identifiziert worden sind, auf die abhängige Variable Parteimitgliedschaft (Dummy Anhänger/Mitglieder) berechnet. Geschätzt wird also, wie groß die Chance (im Kontext der übrigen Variablen des Modells) ist, dass beispielsweise bei einer Veränderung des Bildungsgrads um eine Stufe aus einem Parteianhänger ein Mitglied wird.

Die Berechnungen werden mit einem Datensatz durchgeführt, der 801 Parteianhänger und 9.442 Parteimitglieder enthält (S. 146). Er bildet also die (wahlberechtigte) Bevölkerung nicht ab. *Biehl* spricht dieses Problem an, wischt es aber (für den Leser nicht nachvollziehbar) mit einem Federstrich vom Tisch (S. 146 f.). Ich hätte jedenfalls große Probleme bei der Verallgemeinerung von Schätzergebnissen von einer fiktiven auf eine real existierende Population. Der Anteil der Parteimitglieder beträgt in Deutschland gerade einmal drei Prozent. Die Chance, dass aus einem Nichtmitglied ein Mitglied wird, ist realer also winzig und hätte bei der Gestaltung des Datensatzes berücksichtigt werden müssen.

Der Einfluss der oben genannten elf Prädiktoren beziehungsweise Bestimmungsgründe für eine Parteimitgliedschaft (ohne Erwerbsstatus und Konfession) erweist sich als außerordentlich bescheiden (S. 171). Am besten schneiden noch das gesellschaftliche Engagement, die Bildung und die Parteibindung ab. In diesen drei Fällen erhöht sich die Chance, dass aus einem Parteianhänger (also einer Person mit Parteibindung) ein Parteimitglied wird, um den Faktor 2 (standardisierter Effektkoeffizient). Sie verdoppelt sich mithin. Bezogen auf die winzige Chance, dass in der bundesdeutschen Realität jemand einer Partei beitrifft, handelt es sich um ein mageres Ergebnis. An vierter Stelle folgt das politische Interesse mit dem Faktor 1.5. Die restlichen Prädiktoren taugen noch weniger. Auch der Vergleich von Altmitgliedern und Jungmitgliedern fördert keine Unterschiede zutage, die auf einen substantiellen Wandel der Mitgliedschaften hindeuten. Für das gesellschaftliche Engagement werden die Koeffizienten 2.1 (Altmitglieder) beziehungsweise 1.7 (Jungmitglieder), für Bildung 1.7 beziehungsweise 2.2, für Parteibindung 2.0 beziehungsweise 2.2 und für politisches Interesse 1.7 beziehungsweise 1.7. errechnet.

Obwohl *Biehl* sich darüber im Klaren ist, dass der Einfluss seiner Erklärungsfaktoren „relativ bescheiden“ (S. 147) ist, beschreibt und (über)interpretiert er die gefundenen (minimalen) Unterschiede für die einzelnen Untersuchungsgruppen ausführlich. In der Summe kommt der Rezensent nicht umhin, *Biehls* Versuch „neue‘ methodische Wege einzuschlagen“ (S. 226) für gescheitert zu halten. Um die Motive für einen Parteibeitritt bestmöglich aufzudecken, bedarf es wesentlich subtilerer Modelle und Analysestrategien. Dabei kann keinesfalls auf Auskünfte der Befragten über ihre Beweggründe verzichtet werden.

Richard Stöss

Jugend und Politik: gute Beispiele für „angewandte Wissenschaft“

Alemann, Ulrich von, Martin Morlok und Thelse Godewerth (Hrsg.): Jugend und Politik. Möglichkeiten und Grenzen politischer Beteiligung der Jugend, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2006, 174 Seiten, € 34,-.

Ein Symposium an der Universität Düsseldorf untersuchte die politische Beteiligung von Jugendlichen aus politik- und rechtswissenschaftlichen Perspektiven. Verhandelt wurde in drei Podien und auf einer Podiumsdiskussion.

Podium 1 zu Jugend in Politik und Gesellschaft (mit den Teilnehmern *Thelse Godewerth*, *Wolfgang Gaiser*, *Martina Gille*, *Johann de Rijke* sowie *Hartwig Hummel*) versammelte in Berichten aus verschiedenen Forschungszusammenhängen bekannte Ergebnisse: Jugendliche sind sehr wohl bereit, sich sozial zu engagieren, sie setzen sich auch für spezifische politische Themen ein, aber den großen Institutionen gegenüber sind sie distanziert. Das gilt für Parteien wie für Gewerkschaften und Kirchen. Auch ist ihr Vertrauen in Parteien am geringsten und gegenüber dem Bundesverfassungsgericht am höchsten ausgeprägt. Der gemeinsame Nenner ist die Tendenz zu punktuellen und konfliktarmen Beteiligungsformen. Sozialstrukturelle Merkmale, die mit politischem Interesse positiv korrelieren, sind Alter, Geschlecht und Bildung.

Podium 2 behandelte die Mitwirkung Jugendlicher an der politischen Willensbildung. *Ursula Hoffmann-Lange* und *de Rijke* untersuchten, was die Herabsetzung des Wahlalters bewirken könnte: Vermag sie das Interesse an Politik zu erhöhen, die Verdrossenheit zu mindern und Druck auf die Politik auszuüben, für Jugendbelange einzutreten? Die Autoren führen empirische Argumente für und wider die Senkung des Wahlalters an und kommen zu dem Schluss, dass der Trend zu rückläufigen Wahlbeteiligungsraten nicht durch eine weitere Herabsetzung des Wahlalters gestoppt werden könnte. Das sei zwar nicht unbedingt ein Argument gegen die Herabsetzung, aber man müsse die Konsequenz kennen. *Thilo Streit* und *Martin Morlok* behandelten die Frage, ob Minderjährige als Parteimitglieder voll verantwortlich (mündig) handeln können. Das Elternrecht und der Schutz der Minderjährigen stehen dem entgegen. Nach langen rechtssystematischen Erläuterungen wird das Problem mit Hinweis auf das „allmähliche Anwachsen ... des Religionsrechts“ (S. 93) beantwortet. *Julian Krüper* untersucht das Wahlrecht für Kinder und deren Eltern. Die rechtswissenschaftliche Diskussion sei bisher sprachlos gegenüber Nachhaltigkeitsforderungen gewesen, zu denen auch intergenerationelle Gerechtigkeit gehöre. Die Inklusion Jüngerer durch das Wahlrecht und das Familienwahlrecht werden rechtlich und tatsächlich geprüft mit dem Ergebnis, dass das Wahlrecht nicht zu politischen Zwecken funktionalisiert werden sollte.

Podium 3 behandelte die Jugendorganisationen der Parteien. Je nach ihrem Verhältnis zur Partei, ob integriert, offen oder getrennt, fällt die Jugendorganisation unter das Parteienrecht oder das Vereinsrecht – so *Uwe Volkmann*, der diese formale Sicht aber für unpraktisch hält, denn Funktionen und Finanzierung der Jugendorganisationen bleiben gleich. *Timo Grundten* vergleicht Jungsozialisten und Junge Union unter anderem hinsichtlich ihres Einflusses auf die Mutterpartei. Als kollektiver Akteur war die Junge Union über Jahrzehnte handlungsfähiger als die Jusos, die sich seit Mitte der 1990er Jahre konsolidierten. Gemeinsam bleibt allen Jugendorganisationen, dass sie sich nicht in Nichtregierungsorganisationen verwandeln können und werden, denn politisches Handwerk bedeutet mühsame Konsensfindung und Mehrheitsbildung – und dies wird in den Jugendorganisationen betrieben und gelernt.

In der abschließenden Podiumsdiskussion schilderten junge Politiker(innen) die Situation ihrer Jugendorganisation und wie sie selbst politisch sozialisiert wurden. Zu suchen bleiben Wege – so ein mögliches Fazit –, wie Parteien die Fun- und Event-Wünsche von Jugendlichen erfüllen können, die sich nicht formell und langfristig einbinden lassen.

Die Beiträge in dem Sammelband, die empirische Forschung auf politisch relevante, aktuelle und kontroverse Fragen beziehen, geben gute Beispiele für „angewandte“ Wissenschaft – allesamt sind die Beiträge lesens- und nachdenkenswert.

Sibylle Reinhardt